

Fachkräftesicherung und -gewinnung sowie Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung über das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm (MBQ) ausbauen.

Ausbildungs- und Jobakquise für Berufsfelder mit erhöhtem Fachkräftebedarf

Antrag Nr. 20-26 / A 03228 von der Fraktion Die Grünen - Rosa Liste, SPD / Volt - Fraktion vom 04.11.2022

Fachkräftesicherung und -gewinnung im Bereich Projektbetreuung und Zuschusswesen stärken

Antrag Nr. 20-26 / A 03229 von der Fraktion Die Grünen - Rosa Liste, SPD / Volt - Fraktion vom 04.11.2022

Inklusion leben - auf dem Weg zur Teilhabe aller Menschen vorankommen

Antrag Nr. 20-26 / A 03212 von der SPD / Volt - Fraktion, Fraktion Die Grünen - Rosa Liste vom 31.10.2022, hier „Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung“

Finanzierung

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 08165

Beschluss des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft am 13.12.2022 (VB)

Öffentliche Sitzung

Kurzübersicht

zur beiliegenden Beschlussvorlage

Anlass	Antrag Nr. 20-26 / A 03228 von der Fraktion Die Grünen – Rosa Liste, SPD / Volt Fraktion vom 04.11.2022 und Antrag Nr. 20-26 / A 03229 von der Fraktion Die Grünen – Rosa Liste, SPD / Volt Fraktion vom 04.11.2022 und Antrag Nr. 20-26 / A 03212 von der SPD / Volt - Fraktion, Fraktion Die Grünen - Rosa Liste vom 31.10.2022, hier „Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung“
Inhalt	Finanzierung der beantragten Personalzuschaltung im RAW im Bereich der Fachkräftesicherung und -gewinnung und Ausbildungs- und Jobakquise sowie der Arbeitsmarktinklusio von Menschen mit Behinderung
Gesamtkosten/ Gesamterlöse	Die Personal- und Sachmittel der Personalstellen in der 3. und 4. QE betragen einmalig in 2023 310.980 €, ab 2024 ff. dauerhaft 593.960 €.
Entscheidungsvorschlag	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Der Zuschaltung und Finanzierung der 7,0 VZÄ Personalstellen mit Sachkosten ab 2023 ff. wird zugestimmt. Diese Stellen sollen ab 2023 ff. dauerhaft eingerichtet werden.
Gesucht werden kann im RIS auch nach	MBQ, Ausbildungsakquise, Fachkräftegewinnung, Fachkräftesicherung, Arbeitsmarkt
Ortsangabe	-/-

Fachkräftesicherung und -gewinnung sowie Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung über das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm (MBQ) ausbauen.

Ausbildungs- und Jobakquise für Berufsfelder mit erhöhtem Fachkräftebedarf

Antrag Nr. 20-26 / A 03228 von der Fraktion Die Grünen - Rosa Liste, SPD / Volt - Fraktion vom 04.11.2022

Fachkräftesicherung und -gewinnung im Bereich Projektbetreuung und Zuschusswesen stärken

Antrag Nr. 20-26 / A 03229 von der Fraktion Die Grünen - Rosa Liste, SPD / Volt - Fraktion vom 04.11.2022

Inklusion leben - auf dem Weg zur Teilhabe aller Menschen vorankommen

Antrag Nr. 20-26 / A 03212 von der SPD / Volt - Fraktion, Fraktion Die Grünen - Rosa Liste vom 31.10.2022, hier „Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung“

Finanzierung

7 Anlagen

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 08165

Beschluss des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft vom 13.12.2022 (VB)
Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Vortrag des Referenten	1
1 Stellenbedarf	3
2 Darstellung der Kosten und der Finanzierung	5
II. Antrag des Referenten	7
III. Beschluss	8

I. Vortrag des Referenten

Mit den Anträgen Nr. 20-26 / A 03228 (Anlage 1), Nr. 20-26 / A 03229 (Anlage 2) und Nr. 20-26 / A 03212 (Anlage 3) wird das Ziel der Stärkung kommunaler Beschäftigungs- und Qualifizierungspolitik im Hinblick auf die Fachkräftesicherung und -gewinnung, auch mit-

tels gezielter Job- und Ausbildungsakquise sowie der Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt verfolgt. Für das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm (MBQ) werden dafür 2,0 VZÄ für die Job- und Ausbildungsakquise in Berufsfeldern mit erhöhtem Fachkräftebedarf (Anlage 1), 4,5 VZÄ für die Projektbetreuung und das Zuschusswesen (Anlage 2) sowie 0,5 VZÄ für die Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung (Anlage 3), insgesamt 7,0 VZÄ dauerhaft ab 2023 ff. beantragt.

In München gibt es einen enormen Bedarf an qualifizierten Fachkräften, derzeit sind 13.000 offene Stellen bei der Agentur für Arbeit München gemeldet. Für sogenannte Mangelberufe (z.B. Gesundheits- und Heilberufe, Hotel- und Gaststättengewerbe, Transport und Logistik, Klima-, Handwerks- oder IT-Berufe etc.) muss aktiv geworben, potenzielle Arbeitskräfte und Auszubildende müssen offensiv angesprochen werden. Die demografische Entwicklung, die starke Konkurrenz am Arbeitsmarkt durch attraktive Arbeitgeber und der kontinuierliche Zuzug von Migrantinnen und Migranten sowie von Geflüchteten, wie z.B. aktuell aus der Ukraine, die über die Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten in diesen Berufsfeldern informiert werden müssen, machen eine dauerhafte Aufgabenbetreuung dringend erforderlich.

Das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm (MBQ) als das arbeitsmarktpolitische Instrument der Landeshauptstadt München hat als einen Aufgabenschwerpunkt u.a. die Fachkräftegewinnung und -sicherung für München durch Qualifizierungs- und Beratungsprojekte für Langzeitarbeitslose, neu zugewanderte und ausländische Personen. Die Integration in Arbeit erfolgt vor allem in Wirtschaftsbereiche, die für die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger (z.B. Pflege- und Gesundheitsberufe, Hotel- und Gaststättengewerbe, hauswirtschaftliche Dienstleistungen, Transport, Quartiersentwicklung) oder für den Wirtschaftsstandort und Wohlstand in München (z.B. Klima- und Handwerksberufe, IT-Sektor, Automotive, Logistik, Sicherheitsdienstleistung u.v.m.) von zentraler Bedeutung sind. Hinzukommen neue Aufgaben bei der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten aus der Ukraine. Für diese Aufgabe wird im StR-Antrag 20-26 / A 02531 der Fraktion Die Grünen – Rosa Liste und der SPD / Volt – Fraktion vom 16.03.2022 das Referat für Arbeit und Wirtschaft mit zusätzlichen Aufgaben adressiert. Es handelt sich dabei um eine Gruppe von potenziellen (überwiegend gut bis sehr gut qualifizierten) Arbeitskräften, für die bestehende Integrationsmaßnahmen und Qualifizierungsketten erweitert und neu aufgebaut werden müssen. Insbesondere für geflüchtete Frauen, die vielfach minderjährige Kinder betreuen müssen, braucht es passende Angebote und Netzwerkstrukturen (vgl. Bekanntgabe Nr. 20-26 / V 05648 mit den dort angekündigten Umsetzungsmaßnahmen). Das bestehende Angebot muss einerseits zeitnah durch entsprechende Begegnungsmöglichkeiten, inklusive Beschäftigung und Qualifizierung ergänzt und andererseits auf neue Wohnquartiere ausgeweitet werden (z.B. Stadterneuerungsprogramm Neuperlach, Freiham, Bayernkaserne etc.). Auch hier entsteht zusätzlicher Koordinierungs-, Projektbetreuungs- und Vernetzungsaufwand.

Das MBQ hat bereits mit einer Ausweitung der Qualifizierungs- und Beratungsprojekte reagiert. Der Stadtrat hat inzwischen mehrere neue Projekte für den Pflegesektor im Rahmen des MBQ bewilligt; ohne Ausweitung der Personalressourcen. Im Zuge des neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetzes sowie des Zuzugs durch Geflüchtete aus der Ukraine ist erneut ein Mehrbedarf in Form von Anpassungsqualifizierungen absehbar. Bereits jetzt werden Anpassungsqualifizierungsprojekte sehr erfolgreich durchgeführt, der Bedarf wird durch die neue Gesetzeslage und den neuerlichen Zustrom von Geflüchteten steigen. Außerdem ist beabsichtigt, neue MBQ-Projekte zur Unterstützung des vom Stadtrat beschlossenen Ziels der Klimaneutralität bis 2035 in Verbindung mit dem Ziel der Fachkräftesicherung zu initiieren sowie bestehende entsprechend anzupassen.

Die Landeshauptstadt München hat mit Beschluss der Vollversammlung des Stadtrats vom 24.11.2010 die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention als zentrale Aufgabe definiert und alle städtischen Referate und den Behindertenbeirat bzw. dem Behindertenbeauftragten beauftragt Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) zu erarbeiten. Zudem wurden die Referate beauftragt, Ansprechpersonen zur Umsetzung der UN-BRK zu etablieren. Das Referat für Arbeit und Wirtschaft ist eine der zentralen Stellen für die Umsetzung der UN-BRK in Bezug auf die Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung. Die Umsetzung der UN-BRK im RAW wird koordiniert und betreut durch die Ansprechperson Inklusion. Es stehen die fortlaufende Sicherstellung des Handlungsfelds „Arbeit und Beschäftigung“, etabliert im Rahmen des 2. Aktionsplans zur Umsetzung der UN-BRK, samt Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration an. Dazu gehört u.a. die Betreuung von Unternehmen, die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Inklusion von Menschen mit Behinderung in Qualifizierung und Beschäftigung sowie Arbeiten zur Begleitung des vom Stadtrat beschlossenen Dritten Aktionsplans.

1 Stellenbedarf

Die Fraktionen von Die Grünen – Rosa Liste und SPD/Volt haben zwei zusätzliche Stellen im MBQ für die Job- und Ausbildungsakquise beantragt. Diese Stellen dienen u.a. der Job- und Ausbildungsakquise in infrastrukturell bedeutsamen Berufsfeldern, wie den Pflege-, Gesundheits- und Heilberufen und anderen Mangelberufen.

Mit Stadtratsbeschluss „MBQ. Neue Projekte im Programmbereich Pflege“ Nr. 14-20 / A 16442 vom 19.11.2019 wurde die Stelle „Akquisiteur*in für Pflegeberufe“ aus Mitteln des MBQ befristet für drei Jahre beschlossen. Zur Finanzierung dieser Pilot-Stelle wurden MBQ-Haushaltsmittel umgewidmet. Die Akquisiteurs-Stelle hat inzwischen sehr erfolgreich ein umfangreiches Netzwerk und vielfältige Angebote etabliert, um mehr Menschen für Pflegeberufe zu gewinnen. Mit Ende der Befristungsphase endet diese Finanzierungsform, denn die Haushaltsmittel des MBQ sind für eine dauerhafte Finanzierung von städtischem Personal nicht vorgesehen. Bereits mehrfach wurde in Stadtratssitzungen eine

Entfristung dieser Stelle sowie eine Ausweitung des Angebots auf weitere Mangelberufe (s. o.) gefordert. Um also das Angebot auch weiterhin anbieten und auf andere Berufsfelder ausweiten zu können, werden 2,0 VZÄ (QE3) dauerhaft als zusätzliche Ressourcen benötigt. Diese Stellen sollen in enger Abstimmung mit den strategisch-konzeptionell arbeitenden Kolleg*innen im Bereich der Fachkräftegewinnung und -sicherung das Aufgabenfeld betreuen, um dringend benötigte Nachwuchskräfte für Mangelberufe in München auf neuen Rekrutierungswegen und über den Zugang zu Communities zu gewinnen (Kosten: 163.040 Euro p.a.).

Eine bereits geschehene Ausweitung des MBQ zur Stärkung der Fachkräftesicherung und -gewinnung wurde in den letzten Jahren ohne zusätzliche personelle Ressourcen in Angriff genommen. Der Erfolg der verschiedenen Förderaktivitäten, Netzwerkarbeit und Informationsbereitstellung sowie die notwendigen Ausweitungen führen zu einem erheblichen Mehraufwand bei der Projektentwicklung und -betreuung, dem Antrags- und Bescheidverfahren sowie der Verwendungsnachweisprüfung. Für die ordnungsgemäße Betreuung und Abrechnung der ausgereichten Fördermittel bedarf es deshalb zusätzlicher Personalkapazitäten. Zur Realisierung der bereits angestoßenen und geplanten Maßnahmen ist die dauerhafte Zuschaltung entsprechender Personalressourcen erforderlich und notwendig. Daher beantragt das Referat für Arbeit und Wirtschaft die Einrichtung von 4,5 zusätzlichen Stellen in dem Fachbereich Kommunale Beschäftigungspolitik und Qualifizierung für die Fachkräftesicherung und -gewinnung.

Eineinhalb Stellen sind für die wirtschaftspolitische Entwicklungsplanung vorgesehen (Bearbeiten von Grundsatzfragen und -themen zur Gewinnung und Sicherung von Fach- und Nachwuchskräften aus dem In- und Ausland, Entwicklung, Umsetzung und Steuerung von innovativen Beschäftigungs-, Qualifizierungs- sowie Beratungsprojekten zum Zweck der Arbeitskräftemobilisierung und Rekrutierung von Fach- und Nachwuchskräften, Einwerben von Drittmitteln, inhaltliche Konzeption von Fachtagungen und Veranstaltungen, Durchführung und Betreuung arbeitsmarktpolitischer Studien, Aufbereitung und Analyse von Daten für das MBQ). Hierfür sind 1,5 Stellen der 4. Qualifikationsebene erforderlich (Kosten: 135.570 Euro p.a.).

Drei weitere Stellen werden für das Umsetzen der inhaltlichen Erweiterungen, die konzeptionelle und technische Projektbetreuung benötigt (Antrags-, Bescheid- und Verwendungsnachweiswesen; Erstellung und Pflege der entsprechenden Formulare; statistischen Erhebungen, Evaluierung und Auswertungen; Unterstützung der Koordination) sowie die Unterstützung der Gremien- und Netzwerkarbeit. Hierfür sind 3,0 VZÄ in der 3. Qualifikationsebene notwendig (Kosten: 244.560 Euro p.a.).

0,5 Stellen werden beantragt, um dem Schwerpunkt Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung zu bearbeiten. Es sind im RAW der Informationsfluss zwischen dem RAW, dem Facharbeitskreis Arbeit des Behindertenbeirats und dem UN-BRK-Koordinierungsbüro sicherzustellen, die Berichterstattung über den Maßnahmenstand der Aktionspläne 1 und 2, die Federführung im Handlungsfeld 3 samt Umsetzung von Maß-

nahmen, die Abstimmung über entsprechende Maßnahmen innerhalb des RAW mit den jeweiligen Fachbereichen (Wirtschaftsförderung, Beteiligungsgesellschaften, Tourismus und Veranstaltungen und GL) sowie die Vorbereitung und Begleitung der Operativ- und Steuerungsgruppe zu bearbeiten. Hierfür sind 0,5 VZÄ der 4. Qualifikationsebene erforderlich (Kosten: 45.190 Euro p.a.).

2 Darstellung der Kosten und der Finanzierung

Zahlungswirksame Kosten im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit für das Produkt 44331400 Beschäftigungsförderung

	dauerhaft	einmalig	befristet
Summe zahlungswirksame Kosten	593.960,-- € ab 2024	310.980,-- € in 2023	
davon:			
Personalauszahlungen (Zeile 9)*	588.360,-- €	294.180,-- € in 2023	
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Zeile 11)	5.600,-- € (lfd. Arbeitsplatzkosten ab 2024ff.)	16.800,-- € in 2023 (einmalige + anteilige lfd. Arbeitsplatzkosten)	
Transferauszahlungen (Zeile 12)			
Sonstige Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Zeile 13)			
Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen (Zeile 14)			
Nachrichtlich Vollzeitäquivalente	7,0	7,0	

Die Finanzierung kann weder durch Einsparungen noch aus dem eigenen Referatsbudget erfolgen. Für den Zuschussbereich des MBQ stehen nur Mittel zur Verfügung, die gerade ausreichen, um die bestehenden Förderprogramme abzudecken. Die Umsetzung der Anträge Nr. 20-26 / A 03228, Nr. 20-26 / A 03229 und Nr. 20-26 / A 03212 ist ohne zusätzliche Finanzmittel nicht möglich.

Zur Erledigung der o.g. Stadtratsanträge und der damit verbundenen Aufgaben werden die Stellen zeitnah benötigt. Angesichts des stetig steigenden Fachkräftemangels, insbesondere in infrastrukturell wichtigen Berufsfeldern (Pflege, Transport, Klime etc.) muss schon jetzt Handlungsfähigkeit hergestellt werden. Insbesondere im Bereich Fachkräftesicherung und -gewinnung liegt eine problematische Stellen- und Personalsituation vor. Die Aufgabe der Inklusion von Menschen mit Behinderung ist bislang mit keiner Stelle abgedeckt. Um also umgehend die Ausbildungs- und Jobakquise bei Mangelberufen voranbringen zu können, aber auch zur Unterstützung und Entlastung vorhandenen Personals in

den genannten Aufgabenfeldern werden möglichst rasch zusätzliche Stellen benötigt. Über die Finanzierung der zusätzlichen Stellen gemäß den o.g. Anträgen muss daher sofort entschieden werden, da diese rechtzeitig ausgeschrieben werden müssen, um dann voraussichtlich ab Mitte 2023 besetzt werden zu können.

Der Bedarf wurde ursprünglich zum Eckdatenbeschluss 2023 seitens des Referats für Arbeit und Wirtschaft geplant bzw. angemeldet, wurde jedoch nicht genehmigt.

Die zusätzlich benötigten einmaligen Auszahlungsmittel i.H.v. 310.980 € werden genehmigt und dem Referat für Arbeit und Wirtschaft im Rahmen der Haushaltsplanungen 2023 durch die Stadtkämmerei beim Produkt 44331400 „Beschäftigungsförderung“ zur Verfügung gestellt. Die dauerhaft benötigten Auszahlungsmittel i.H.v. jeweils 593.960 €/p.a. werden genehmigt und dem Referat für Arbeit und Wirtschaft im Rahmen der Haushaltsplanungen 2024ff. bei der Stadtkämmerei für das Produkt 44331400 „Beschäftigungsförderung“ angemeldet.

Raumbedarf

Durch die zusätzlichen Stellen wird kein zusätzlicher Flächenbedarf ausgelöst. Die Stellen können durch Nachverdichtung im Verwaltungsgebäude Herzog-Wilhelm-Straße 15 untergebracht werden.

Anhörungsrechte eines Bezirksausschusses sind nicht gegeben.

Die Stadtkämmerei zeichnet die Beschlussvorlage entsprechend ihrer Stellungnahme vom 21.11.2022 (Anlage 4) nicht mit. Das Personal- und Organisationsreferat formuliert in der Stellungnahme vom 24.11.2022 (Anlage 5) Einwände, stimmt in Teilen aber inhaltlich zu (POR 2/24 Vielfalt & Gleichstellung). Das Kommunalreferat (Anlage 6) zeichnet die Vorlage mit. Das Sozialreferat hat die Beschlussvorlage vorab zur Kenntnis erhalten.

Die Behandlung in der heutigen Sitzung ist zwingend notwendig, da die Ausschreibung der zusätzlichen Stellen gemäß den Anträgen Nr. 20-26 / A 03228, Nr. 20-26 / A 03229 und Nr. 20-26 / A 03212 möglichst rasch erfolgen sollte, um die avisierten Stellenbesetzungen bis Mitte 2023 realisieren zu können.

Der Korreferent des Referates für Arbeit und Wirtschaft, Herr Stadtrat Manuel Pretzl, und der Verwaltungsbeirat für Beschäftigungs- und Qualifizierungspolitik, Herr Stadtrat Thomas Schmid haben jeweils einen Abdruck der Sitzungsvorlage erhalten.

II. Antrag des Referenten

1. Der Vortrag des Referenten wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Referat für Arbeit und Wirtschaft wird beauftragt, die Einrichtung von 7,0 zusätzlichen Stellen (zwei VZÄ der 4. QE, fünf VZÄ der 3. QE) sowie die Stellenbesetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen.
3. Den Ausführungen der Unabweisbarkeit, Eilbedürftigkeit und Unplanbarkeit im Vortrag wird zugestimmt. Das Referat für Arbeit und Wirtschaft wird beauftragt, die einmal erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 294.180 € an Personalkosten zzgl. 16.800 € an Sachkosten in 2023 und die ab 2024ff. dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel i.H.v. 588.360 € an Personalkosten zzgl. 5.600 € an Sachkosten im Rahmen der Haushaltsplanaufstellungen anzumelden.
4. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass die beantragten Stellen keinen zusätzlichen Büroraumbedarf auslösen.
5. Der Antrag Nr. 20-26 / A 03228 „Ausbildungs- und Jobakquise für Berufsfelder mit erhöhtem Fachkräftebedarf“ von der Fraktion Die Grünen - Rosa Liste, SPD / Volt - Fraktion vom 04.11.2022 ist hiermit geschäftsordnungsgemäß erledigt.
6. Der Antrag Nr. 20-26 / A 03229 „Fachkräftesicherung und -gewinnung im Bereich Projektbetreuung und Zuschusswesen stärken“ von der Fraktion Die Grünen - Rosa Liste, SPD / Volt - Fraktion vom 04.11.2022 ist hiermit geschäftsordnungsgemäß erledigt.
7. Der Antrag Nr. 20-26 / A 03212 „Inklusion leben - auf dem Weg zur Teilhabe aller Menschen vorankommen“ von SPD / Volt - Fraktion, Fraktion Die Grünen - Rosa Liste vom 31.10.2022 ist hiermit bezogen auf den Punkt „Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung“ geschäftsordnungsgemäß erledigt.
8. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag.

Über den Beratungsgegenstand wird durch die Vollversammlung des Stadtrates endgültig beschlossen

Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der / Die Vorsitzende

Der Referent

Ober/Bürgermeister/-in
ea. Stadtrat/-rätin

Clemens Baumgärtner
Berufsm. StR

- IV. Abdruck von I. mit III.
über Stadtratsprotokolle (D-II/V-SP)
an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an das Revisionsamt
an die Stadtkämmerei
z. K.

- V. WV Referat für Arbeit und Wirtschaft - FB3

I. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

- II. **an das Personal- und Organisationsreferat**
an das Kommunalreferat
an das RAW-GL 2
an das Sozialreferat (S-GL-AV/B)
an den Behindertenbeirat

z. K.

Am